

Die Entwicklung der KPD in Sachsen

von opportunistischer Blodpolitik zur bolschewistischen Massenarbeit

Über die Entwicklung der KPD in Sachsen, die Verkörperung der Massenbewegung geben wohl die Zahlen der Wahlen des Jahres 1923 und 1924 die beste Auskunft. Im Jahre 1920 erhielt die KPD bei den Landtagswahlen 177.388 Stimmen. Im November 1921 wurden bei den Wahlen zur Reichsversammlung 177.388 Stimmen erzielt. Im Jahre 1922 betrug die Zahl der Stimmen 177.388. Im Jahre 1923 betrug die Zahl der Stimmen 177.388. Im Jahre 1924 betrug die Zahl der Stimmen 177.388.

Am Ende des Krieges und Ausbruch der Novemberbewegung 1918 hatte der Spartakusbund und später die Kommunisten nur wenige Anhänger in Sachsen. Wohl beeinflusste diese die Kämpfe der Arbeiter, aber die Unklarheit insbesondere in Dresden, die sich in der Einstellung liehen die radikalen Gruppen, die unter dem Namen der Kommunisten auftraten, nicht viel Anhänger gewannen.

In Dresden wurden die KPD im Januar des revolutionären Kampfes geboren. Auch in Sachsen bewegte Arbeiterbewegung die Entstehung und Entwicklung der Partei.

Im die Partei sammelte sich in Ost- und Westsachsen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Sie schlossen sich der KPD an. Die Partei sammelte sich in Ost- und Westsachsen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Sie schlossen sich der KPD an.

Starke Einfluss bekam die Partei auch in Chemnitz und

darüber hinaus im Erzgebirge und Vogtland. Im Januar 1918 erhielt die KPD ihre Anerkennung in Dresden. Sie führte dort die revolutionären Kämpfe gegen den Verrat der Reformisten zur

Am 14. November 1920 beteiligten sich die Kommunisten erstmalig an den Landtagswahlen in Sachsen. Sie erhielten 9 Mandate. Die KPD unterstützte damals die von der SPD und USPD gebildete Regierung.

Als im September-Oktober 1922 die Neuwahl des Landtages vorbereitet wurde, mobilisierte die Partei die Massen wieder nicht in der Richtung auf die Lösung von der SPD, sondern sie betonte vielmehr die parlamentarischen Illusionen der Arbeiterklasse.

Im Schlepptau der Sozialdemokratie

Auch vorbereiteten insbesondere in Leipzig und Dresden nach dem fünften Parteitag viele unabhängige Arbeiter die Basis der Partei und wurden Träger der Bewegung. Aber die Politik der Partei, die keine klare Stellung gegen die SPD, gegen die Regierung der SPD und USPD hatte, die zwar außerhalb des Parlamentes gegen die SPD auftrat, aber immer wieder innerhalb des Parlamentes für die Politik der SPD und USPD eintrat, veranlasste die Arbeiter nach einem klaren Weg, den Weg des Kampfes zu nehmen.

Anstatt den Kampf um die Verkörperung des Einflusses der KPD zu führen, zeigte sich in Sachsen eine vollständige Verzerrung über die Rolle der KPD und der sozialdemokratischen Regierung. Im Parlament wurde die Reaktion der Partei als das Hindernis für die Arbeiterklasse angesehen.

Im die Regierung der SPD und USPD zu führen, führte die Partei im Januar 1922 eine förmliche Kampagne an die Frontlinie des Staates. Böttcher begründete die Bewilligung des Gesetzes als das kleinere Übel. Er berief sich zur Durchführung dieser Politik auf die Ausführgesetze auf dem Parteitag in Nürnberg 1905. Dort erklärte Böttcher:

Dann verlangen wir selbstverständlich, daß die Genossen in Betracht ihrer Majorität dem Budget zustimmen."

Die Partei in ihrer Gesamtheit hielt es damals für selbstverständlich, daß eine sozialdemokratische Landtagsmehrheit das Budget bewilligen würde. Die Anwendung des Böttcher-Bundes führte in Sachsen zur vollständigen Kapitulation vor der SPD-Regierung.

Die Fehler des Jahres 1923

Die KPD organisierte und mobilisierte im Oktober 1922 eine große Bewegung der Betriebsräte, den Betriebsrätekonferenz. Es gelang ihr dadurch, an breite Schichten der Arbeiterklasse in Sachsen heranzukommen, in die Positionen des sozialdemokratischen Lagers einzubringen. Aber auch die hier durchgeführte Mobilisierung war eine Verzerrung, die die Illusionen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage durch die SPD-Regierung und durch die parlamentarische Mehrheit verfestigte, anstatt die Massen zu entscheidenden Kampfhandlungen zu bewegen.

So wurde auf dem Betriebsrätekongress eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

"Erkennt die schärfste Arbeiterklasse die Wichtigkeit des Kampfes und gibt der Reaktion einen Totschlag. Dann wird die Bahn frei zur Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen. Er fordert die Arbeiterpartei auf, gemeinsam eine Arbeiterregierung der geschlossenen Front der Bourgeoisie entgegenzustellen."

Die SPD wurde vor den Massen als Arbeiterpartei hingestellt und eine Regierung der Kommunisten mit den SPD-Ministern als eine Arbeiterregierung bezeichnet. Die Regierung sollte gegen die Bourgeoisie kämpfen. Es wurde nicht die Frage der Massenaktionen des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den Vordergrund gestellt.

Diese Politik der Illusionen, die Politik des Tods mit der SPD machte die Kampfkraft der Arbeiter lähmen, ihren Kampfwillen drehen.

Auf dem Parteitag vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Sachsen wurde keineswegs Klarheit über diese Fragen geschaffen. In der Tat wurden Beschlüsse gefasst, die diese Politik weiter untermauerten. Dabei wurde eine Arbeiterregierung nicht als Plebiszitarium der Diktatur des Proletariats bezeichnet, sondern die Arbeiterregierung galt als eine Übergangsstufe von der kapitalistischen Herrschaft zur Diktatur des Proletariats. Es wurde also als eine radikalisierte Koalitionsregierung hingestellt.

In den Beschlüssen des Parteitages wird es dazu: "Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats, noch ein förmliches parlamentarischer Ausschuss... Die Arbeiterregierung ist eine Regierung von Arbeiterparteien, die den Fortschritt macht, gegenüber der Bourgeoisie eine proletarische Politik zu treiben durch Ermüdung aller Kräfte auf die bestehende Klasse, während die bisherige Koalitionsregierung der SPD zur Umwälzung aller Kräfte auf die Arbeiterklasse geführt hat."

Nach das mußte natürlich die Illusionen der Arbeiterklasse auf parlamentarische Lösung angehen verfestigen. Diese Politik führte zur Bildung der Brüder-Regierung.

weil jetzt eine günstige Gelegenheit sei, durch Neuwahlen die Basis der Regierung zu verdrängen."

Eine solche Stellung mußte zur vollständigen Verzerrung der Massen führen, nicht nur bei den Massen, sondern prinzipiell unterhalb sämtlicher SPD und KPD vor sich wunden lassen, mußte die parlamentarischen Illusionen gewaltig stärken.

Durch diese Politik konnte in den Massen das Vertrauen zur KPD nicht geschwächt werden, das zur Partei nicht geflohen werden. Trotz aller günstigen Voraussetzungen, trotz der durchgeführten Massenmobilisierung, trotz des Aufbaus von Hunderttausenden, trotz der gewaltigen Demonstrationen mußte diese Politik zur Niederlage des Oktobers 1923 führen.

Diese Politik ließ die Initiative im wesentlichen bei der SPD-Führung. Das war keine Einheitsfrontpolitik von unten, die die Massen verband zum gemeinsamen Sturm gegen den Kapitalismus.

Wohl wurde, wie schon gezeigt, die Einheitsfront auch unten begonnen. Hunderttausende gebildet. Aber der Kampfwille der Massen wurde durch die Blodpolitik der SPD-Führer gestiftet.

Der Reichswehreinmarsch in Sachsen

Diese Politik zur Beteiligung der KPD an der Brüder-Regierung, an die Ableitung der gesamten Arbeit auf parlamentarische Aktionen oder sogenannte Nutzung des parlamentarischen Apparates erlaubt den Reichswehreinmarsch ohne die Möglichkeit der Entseelung eines Massenverbandes, führte zu dem Betriebsrätekonferenz in Chemnitz, auf dem auf jede Kampfhandlung verzichtet wurde.

Die KPD stellte gegenüber dem Einmarsch der Reichswehr wohl die Forderung nach der Ausrufung des Generalstreiks auf, aber anstatt eine breite Massenmobilisierung für den Generalstreik durchzuführen, anstatt die organisatorischen Vorbereitungen für den Generalstreik zu treffen, stellte sie das Angebot an die SPD-Führer, sie mobilisierte die Massen nicht freiwillig gegen den Verrat der SPD.

Die SPD konnte damit ihren Verrat vollenden. Sie konnte, als

Auf dem Weg zur bolschewistischen Massenpartei

Die Reorganisation der Parteiorganisation Sachsens im Dezember 1920, die Zusammenfassung der bis dahin bestehenden drei sächsischen Bezirke zu einem Bezirk war ein weiterer Schritt auf dem Wege der Bolschewisierung der Partei. Auch dieser Schritt war verbunden mit einer Reihe von Klügelungen gegen verschiedene überflüssige Strömungen.

Die Neubildung der Bezirksleitung 1921 ließ dann die entscheidenden Voraussetzungen zu der Entwicklung, die die Möglichkeit gab, von der Agitation der Kämpfe zur Führung der Kämpfe überzugehen. Die Umwälzung der Kämpfe gegen den Kapitalismus in der Textilindustrie, in der Metallindustrie und in den anderen Industriezweigen gab den entscheidenden Wert der KPD.

Diese Kampfführung hat den Vertrauen der Massen zur KPD gewaltig gestärkt. Sie hat auch die Partei geführt, wobei gemacht und ihr größtes Risiko geführt.

Die Partei hat in Sachsen einen großen Eindruck in das Lager der SPD und auch des Kapitalismus durchgesetzt.

Das geschäftliche Vertrauen der Massen zur KPD ist schon Ausdruck in den Ergebnissen der Wahl vom November 1923.

Mit verdichteter Energie wird die Partei ihren Kampf begonnen. Sie ist die einzige Partei der Arbeiterklasse. Sie

endlich der Beschluß für den Generalstreik gefasst wurde. Die Veröffentlichung des Beschlusses sabotieren.

Die Blodpolitik mit der KPD machte die SPD zum Gefangenen der sozialdemokratischen Sozialpolitik. Sie führte dazu, daß auf der Betriebsrätekonferenz in Chemnitz Brandier vor der Drohung des Sozialdemokraten Strauß, wenn der Generalstreik beschlossen werde, würde er die Sitzung eröffnen, kapituliert.

Trotz des Kampfwillens der Arbeiter wurde die Kampfhandlung in der Blodpolitik ertrudt. Das Proletariat zahlte mit großen Opfern.

Der Reichswehreinmarsch im Oktober 1923 (siehe 30. Seite, 56. Schwererwundener, 624 Gefangene und 100 schwere Mißhandlungen).

Die Mißhandlungen wurden selbst von General Müller zugeworfen. In einem herausgegebenen Rundschreiben heißt es:

"Ferner sind zu meinem Bedauern Fälle von ganz unwürdiger Behandlung und schwerer Mißhandlung von Gefangenen zu meiner Kenntnis gelangt."

Die kommunistische Partei wurde verboten. Schwere Verfolgungen setzten ein. Hunderte von Arbeitern wurden in die Gefängnisse gesteckt.

Noch parlamentarische Illusionen

Auf der Rätekonferenz mobilisierte die Partei zu neuen Kämpfen. Sie sammelte sie die Massen um ihre Fahnen. Gleichzeitig mit dem Kampf um die Überwindung des Opportunismus und der falschen Politik gewinnt die Partei starken Einfluss unter den Massen. Nach der Wahltagung 1923 zeigt, daß die Partei die parlamentarische Einstellung noch keineswegs überwunden hat, daß sie noch Mühsale in die Politik bis zum Jahre 1925 hin trägt. Sie hat noch keineswegs ihre Fehler vollständig liquidiert. In dem Handbuch der KPD-Fraktion über den Wahlkampf 1923 heißt es:

"Die kommunistische Partei führt den Kampf um die Neuwahl des sächsischen Landtages als die einzige Arbeiterpartei. Der praktische Ziel in diesem Kampfe ist die Eroberung der Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats für die Kommunisten."

Chauvinistische Hetze
Signalisiert
Kriegsgefahr
Kampfbroschüre
PARIS-BERLIN
Unser Kampf gegen Versailles
für soziale und nationale Befreiung ist Rüstzeug für proletarischen Internationalismus!
48 S. 20 Pf.

kommunistische Partei und der Bundesgenossen im Lager der werktätigen Mittelschichten und Kleinbauern."

Es ist schon ein gewaltiges Stück Entwicklung der KPD in Sachsen, von der Verzichtung der Sozialdemokratischen Partei als Arbeiterpartei, als Bruderpartei bis zur Feststellung, daß die KPD die einzige Arbeiterpartei ist. Damit kennzeichnet sich ein weiterer Weg der Klärung innerhalb der Partei und auch der Massen des sächsischen Proletariats.

Aber noch zeigt sich die Schwächen an parlamentarische Illusionen. Die Behauptung, im Wahlkampf die Mehrheit des Proletariats erobert zu wollen, kennzeichnet noch diese Richtung. Erst mußte die Partei noch große Kämpfe, insbesondere innere Kämpfe, führen, um auch in Sachsen eine bolschewistische Partei zu werden.

Im Kampf gegen die Opportunisten

1926 führte die Partei ihre Auseinandersetzungen mit den Brandieristen Böttcher, Gierert und Genossen durch. Diese Auseinandersetzungen, die gleichzeitig eine Auseinandersetzung zur weiteren Klärung der gesamten sächsischen Arbeiterklasse, zur Mobilisierung und Mobilisierung der sächsischen Arbeiter für den Klassenkampf waren, endeten mit dem Ausschluß der Brandiergruppe aus der Partei. Damit befreit sich die Partei von den besorgenen Hemmungen gegen die Rechte. Es folgten Auseinandersetzungen mit Mittelkräften und Trotzkisten.

organisiert mit Mut und Kühnheit die Angriffe gegen Hunger und Frost, gegen den Bolschewismus.

Berrett, geführt, befreit von der opportunistischen Strömungen, wird die Partei die Massen stärker vor sich sammeln. Sie wird notwendig mobilisieren im Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Im Kampf zeigt die Partei den Arbeitern die KPD als soziale Kampforganisation der Bourgeoisie. Im Kampf und im theoretischen Auseinandersetzung wird die Partei auch die neuen linken demagogischen Wendungen der Sozialdemokratischen Partei zerlegen und die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter unter ihrem Banner sammeln. Sie wird ihren Stab in das Lager des Nationalsozialismus verdrängen, den Nationalsozialismus werden Niederlagen bringen.

Der 5. Parteitag der KPD Sachsen war die Neubildung der bolschewistischen Organisation des sächsischen Proletariats der KPD. Die Streitkräfte, die in den letzten Wochen im Kampf in Sachsen geführt wurde, in der Bewegung, daß die KPD Partei in immer stärkerem Maße eine führende proletarische Partei wurde und immer größere Schichten des Proletariats zum Kampf um die Eroberung der Mehrheit, zum Kampf um die politische Macht gewinnt.